

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F24
VERSION:	R2.0.9.S01
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	BremerGrimmHeller
NO_DOC_EXT:	2017-010289
SOFTWARE VERSION:	9.4.0
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	n.schoen@wr-recht.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

Konzessionsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/23/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Landkreis Ludwigslust-Parchim
Putlitzer Straße 25
Parchim
19370
Deutschland
Kontaktstelle(n): Herr Joachim Müller
Telefon: +49 3871722-6000
E-Mail: joachim.mueller@kreis-lup.de
Fax: +49 387172277-6000
NUTS-Code: DE80G
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.kreis-lup.de

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.kreis-lup.de/leben-im-landkreis/regionalentwicklung/breitband/>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
WIRTSCHAFTSRAT Recht - BHVSM Bremer Heller Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Bleichenbrücke 11
Hamburg
20354
Deutschland
Kontaktstelle(n): WIRTSCHAFTSRAT Recht - BHVSM Bremer Heller Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, zu Händen von: Frau Susanne Heckel
Telefon: +49 4037669210
E-Mail: s.heckel@wr-recht.de
Fax: +49 4037669222
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.wr-recht.de
Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen an folgende Anschrift:
Landkreis Ludwigslust-Parchim, Fachdienst Recht, Kommunalaufsicht und Ordnung, Zimmer 205
Putlitzer Straße
Parchim
19370
Deutschland
Kontaktstelle(n): Landkreis Ludwigslust-Parchim, Fachdienst Recht, Kommunalaufsicht und Ordnung, Zimmer 205
Telefon: +49 3871722-0

E-Mail: info@kreis-lup.de

Fax: +49 387172277-7777

NUTS-Code: DE80G

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.kreis-lup.de

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Errichtung und Betrieb eines nachhaltigen sowie zukunfts- und hochleistungsfähigen Breitbandnetzes in unterversorgten Gebieten im Projektgebiet LUP22_06 unter Gewährung einer Investitionsbeihilfe.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

32412000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Förderung soll durch eine Investitionsbeihilfe im Rahmen der Wirtschaftlichkeitslückenförderung erfolgen. Die Umsetzung des Projektes erfolgt insbesondere auf der Grundlage der Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland vom 15.06.2015 zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access(NGA)-Breitbandversorgung und den Breitbandleitlinien der EU-Kommission. Der Auftraggeber hat bereits vorläufige Förderbescheide für Fördermittel vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nach der Richtlinie "Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland" vom 22.10.2015 und vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung nach der Richtlinie zur Förderung des Breitbandausbaus in Mecklenburg-Vorpommern vom 20.07.2016 erhalten.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE80G

Hauptort der Ausführung:

Gemäß dem bezeichneten Projektgebiet LUP22_06.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gegenstand der Vergabe ist der Bau und der Betrieb eines nachhaltigen sowie zukunfts- und hochleistungsfähigen Breitbandnetzes (NGA-Netzes) und die Erbringung von Endkundendienstleistungen in unterversorgten Gebieten im Projektgebiet LUP22_06 unter Gewährung einer Investitionsbeihilfe. Das Projektgebiet LUP22_06 umfasst die folgenden Gemeinden: Kloster Tempzin, Blankenberg, Weitendorf, Stadt

Sternberg, Kobrow, Hohen Pritz, Borkow und Mustin. Die Übersichtskarte des Projektgebietes LUP22_06 ist zu beachten (herunterzuladen unter: <http://www.kreis-lup.de/leben-im-landkreis/regionalentwicklung/breitband/>).

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die Konzession wurde vergeben auf der Grundlage der Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit der Konzession

Laufzeit in Monaten: 84

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Das Begleitdokument "Begleitdokument zur Bekanntmachung des Landkreises Ludwigslust-Parchim - Projektgebiet LUP22_06" sowie bereitgestellte Formulare sind zu beachten (herunterzuladen, siehe URL Ziffer I.3), u.a. die Auswahlmatrix zum Teilnahmewettbewerb, die sich im Begleitdokument befindet.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

a) Unternehmensprofil des Bewerbers (Dauer des Bestehens des Unternehmens, Rechtsform, gegenwärtige Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer und sonstiger Mitarbeiter);

b) Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister, nicht älter als 3 Monate ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung;

c) Nachweis über das Vorliegen einer Meldebestätigung nach § 6 Telekommunikationsgesetz (TKG);

d) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 und § 124 GWB bzw. im Fall des Vorliegens von Ausschlussgründen Eigenerklärung, ob und welche Maßnahme des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB getroffen wurden. Der Nachweis kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen erbracht werden;

e) Eigenerklärung zur Einhaltung der Zahlung von gesetzlichen Mindestlöhnen gemäß § 9 Abs. 4, Abs. 5 Vergabesetz Mecklenburg-Vorpommern (VgV M-V);

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

a) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz bezüglich der Leistungsart, die Gegenstand der Ausschreibung ist (Umsatz: Privatkunden/ Geschäftskunden, Bauumsatz), bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre, sofern das Unternehmen bereits seit dieser Zeit besteht;

b) Vorlage der Jahresabschlüsse bzgl der letzten 3 Geschäftsjahre, sofern das Unternehmen bereits seit dieser Zeit besteht und falls deren Veröffentlichung in dem Land, in dem der Bewerber oder Bieter niedergelassen ist, gesetzlich vorgeschrieben ist;

c) Vorlage einer Wirtschaftsauskunft bzw. Bonitätsbeurteilung, nicht älter als 3 Monate (z.B. durch die Creditreform AG);

- d) Eigenerklärung und – soweit nicht durch verfügbare Mittel gedeckt – Bestätigung eines Finanzierungspartners bzw. Finanzdienstleisters, dass die privat zu erbringenden Investitionen abgedeckt sind;
- e) Nachweis über das Vorliegen einer entsprechenden Berufs- oder Berufshaftpflichtversicherung;
- f) Entsprechende Bankenerklärungen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber hat auf Grundlage der zuvor genannten Anforderungen seine Eignung zur Teilnahme am Wettbewerb nachzuweisen. Der Konzessionsgeber behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern. Sofern Bewerber trotz entsprechender Nachforderung die geforderten Nachweise nicht vollständig einreichen, werden diese von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen. Unter den dann noch verbleibenden Bewerbern findet eine Bewertung in der Weise statt, dass der Konzessionsgeber aus der Gesamtheit aller Angaben und Unterlagen des Bewerbers bewertet, ob sie den Bewerber für fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig hält.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- a) Vorlage einer Referenzliste vergleichbarer Projekte in den letzten 3 Jahren, im Falle von Planungsleistungen der letzten 5 Jahre (kurze Beschreibung von Art und Umfang sowie Leistungszeitraum der jeweiligen Aufträge, Kundenanschlüsse, Bezeichnung des jeweiligen Auftraggebers einschließlich Benennung eines Ansprechpartners sowie entsprechende Kontaktdaten); sofern das Unternehmen noch keine drei Jahre besteht, entsprechende Referenzen seit Bestehen des Unternehmens;
- b) Anzahl der durch den Bewerber mit Telefonie- und Internetdiensten versorgten Endkunden;
- c) Vorlage der Beschreibung der technischen Ausrüstung und der Maßnahmen zur Qualitätssicherung für den passiven Ausbau der Breitbandinfrastruktur und dessen aktiven Betrieb;
- d) Nachweis der personellen Ressourcen mit entsprechenden Fachkundenachweisen, um den technischen Ausbau und den Betrieb des Netzes in der geplanten Zeit durchzuführen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber hat auf Grundlage der zuvor genannten Anforderungen seine Eignung zur Teilnahme am Wettbewerb nachzuweisen. Der Konzessionsgeber behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern. Sofern Bewerber trotz entsprechender Nachforderung die geforderten Nachweise nicht vollständig einreichen, werden diese von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen. Unter den dann noch verbleibenden Bewerbern findet eine Bewertung in der Weise statt, dass der Konzessionsgeber aus der Gesamtheit aller Angaben und Unterlagen des Bewerbers bewertet, ob sie den Bewerber für fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig hält.

III.1.5) **Angaben über vorbehaltene Konzessionen**

III.2) **Bedingungen für die Konzession**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Konzessionsausführung:**

Für die Gewährung der Fördermaßnahme wird der Auftraggeber entsprechende Sicherheiten verlangen. Die Regelung dieser Sicherheiten wird Gegenstand des Verhandlungsverfahrens.

In Bezug auf die Einhaltung der Nebenbestimmungen der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ in der jeweils geltenden Fassung ist eine Eigenerklärung bereits im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zwingend einzureichen (bereitgestelltes Formular).

Bei der Inanspruchnahme von Subunternehmen oder Bildung von Bietergemeinschaften sind die beteiligten Unternehmen zu benennen und die entsprechenden Nachweise gem. Abschnitt III) beizubringen. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch. Zusätzlich ist bei Vorliegen

von Bietergemeinschaften die "Erklärung der Bietergemeinschaft" (bereitgestelltes Formular) einzureichen. Beim Einsatz von Nachunternehmern ist die "Erklärung bei Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer" (bereitgestelltes Formular) einzureichen.

III.2.3) **Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für die Einreichung der Bewerbungen oder den Eingang der Angebote**

Tag: 23/02/2017

Ortszeit: 12:00

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Die Teilnahmeanträge sind schriftlich in zweifacher Ausfertigung sowie zusätzlich auf einem digitalen Datenträger in einem fest verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „TEILNAHMEANTRAG LUP22_06 an die unter Ziffer I.3) genannte Kontaktstelle zu versenden.

Der Begleitaufkleber ist zu verwenden. Die Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden ist auf maximal 5 Teilnehmer beschränkt.

Die Ausschreibungsunterlagen werden nach abgeschlossenem Teilnahmewettbewerb ausschließlich an die Unternehmen versandt, die der Konzessionsgeber im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs (Abschnitt III) als geeignet ausgewählt hat. Der Konzessionsgeber ist berechtigt, nicht geeignete Unternehmen von dem weiteren Verfahren auszuschließen.

Mit diesem Teilnahmewettbewerb wird der Konzessionsgeber nicht zur Leistung einer Beihilfe oder zum Abschluss eines Vertrages mit dem Bewerber verpflichtet.

Eine Erstattung der Kosten, die den Teilnehmern durch die Bearbeitung entstehen, ist ausgeschlossen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammern bei dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
Johannes-Stelling-Straße 14

Schwerin

19053

Deutschland

Telefon: +49 385588-5160

E-Mail: vergabekammer@wm.mv-regierung.de

Fax: +49 385588-4855817

Internet-Adresse: www.regierung-mv.de

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

§ 160 GWB

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

§ 161 GWB

(1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll einbestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen.

(2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammern bei dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
Johannes-Stelling-Straße 14

Schwerin

19053

Deutschland

Telefon: +49 385588-5160

E-Mail: vergabekammer@wm.mv-regierung.de

Fax: +49 385588-4855817

Internet-Adresse: www.regierung-mv.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

23/01/2017